Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreis im Monat Abgeholt von der Geschäftsst. RM 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Nachzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg. behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt

Nummer 312 | Donnerstag, den 10. November 1932 | Jahrgang 1932

Die Wendung in Amerika.

Mit überwältigender Stimmenmehrheit ist am Dienstag in den Vereinigten Staaten von Amerika der demokratische Präsidentschaftskandidat Franklin Delano Roosevelt gegen den bisherigen republikanischen Präsidenten Hoover gewählt worden.

Als Erbe eines großen Namens und Träger schier grenzenloser Hoffnungen tritt Roosevelt das Amt des „mächtigsten Mannes der Welt" an. Selten ist ein Präsident der USA so rasch aus dem Dunkel der Unbekanntheit zur Spitze des Staates emporgestiegen, wie Roosevelt. Wenn man von den Bewohnern des Staates Newyork absieht, dessen Gouverneur Roosevelt zweimal wurde, so kann man sagen, daß das amerikanische Volk bis vor kurzem noch fast nichts von seinem neuen Präsidenten wußte. Es sei denn, daß man die tragische Geschichte seiner Erkrankung kannte, die vor elf Jahren die Karriere Roosevelts endgültig beendigt zu haben schien. 1921 nämlich wurde der damals im Anfang der vierziger Jahre stehende Rechtsanwalt beim Aufenthalt in einem Badeort von einer jähen fieberhaften Erkrankung befallen, über deren Charakter man sich erst klar wurde, als ein ganzes Konsilium von Aerzten sich am Lager des Kranken versammelt hatte: es war spinale Kinderlähmung. Roosevelt verließ das Krankenlager nur, um zunächst im Rollstuhl weiterzuleben. Aber sehr bald verbiß er sich mit ungeheuerlicher Energie in den Vorsatz, sich die Herrschaft über die gelähmten Glieder wieder zu erringen. Nach einem Jahre war er schon imstande, seine Arme zu gebrauchen, und ein weiteres Jahr später konnte er auf den allerdings, wie auch heute noch, durch eine Stahlschienenapparatur gestützten Beinen wieder stehen. Inzwischen hat er es soweit gebracht, daß er sich auch, mit kleinen vorsichtigen Schritten allerdings, wieder selber fortbewegen kann. Steigt er mit fremder Hilfe aus dem Auto, so ermöglicht ihm eine über die Haustreppe gelegte hölzerne Laufplanke, auf den Diener gestützt, in das Innere seines Hauses zu gelangen. Trotz der körperlichen Behinderung ist er auf dem Gebiete des Sports außerordentlich aktiv. Er ist noch heute ein beachtlicher Schwimmer und betreibt mit Hingebung den Segelsport. Daß er die außerordentlichen Strapazen des Wahlkampfes trotz seiner ungünstigen Gesundheitsverhältnisse so glatt durchgehalten hat, kann als ein Beweis für seinen stählernen Körper gelten.

Der heroische Kampf Roosevelts gegen die furchtbaren Folgen jener tückischen Krankheit gibt zugleich den besten Begriff von dem Wesen und der Sinnesart des neuen Präsidenten der USA: ein im Grunde urwüchsig gesunder Mensch mit einer Vitalität ohnegleichen, die jederzeit zusammengefaßt werden kann in eine konzentrierte Aktion auf ein Ziel hin, vor dessen Erreichung die einmal angepackte Aufgabe nicht wieder beiseite gestellt wird. Roosevelt pflegt allerdings nur Ziele ins Auge zu fassen, deren Erreichung er nach sorgfältiger Ueberlegung aller Chancen sicher sein zu können glaubt. Während seiner Laufbahn hätte er oft genug Gelegenheit gehabt, Versuche zu einer Beschleunigung seiner Karriere zu machen; er stellte sich lieber in den Dienst der Sache, als in den Dienst der Förderung seiner eigenen Interessen. Auch diese kluge Zurückhaltung darf als eine seiner besonderen Stärken gelten; sie schlug ihm zum Glück aus, als er sich 1924 auf die Propaganda für die demokratische Präsidentschaftskandidatur Al Smiths beschränkte, während er, als Vizepräsidentschaftskandidat von 1920, durchaus in der Lage gewesen wäre, selbst seine Kandidatur zu betreiben. Die Größe seines jetzigen Sieges läßt erst recht erkennen, wie klug es war, daß er seine Zeit abgewartet hat.

Franklin ist ein entfernter Neffe von dem früheren republikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt, dem großen „Teddy". Er ist zugleich verheiratet mit einer entfernten Kusine, die mit dem früheren Präsidenten näher verwandt ist als Franklin. Franklins Pate war „Teddys" einziger Bruder. Diese Verwandtschaftsbeziehungen umgeben zwar Franklin Delano Roosevelt ein wenig mit dem Glanz des alten Namens; sie waren aber doch nicht eng genug, um ihm in seiner Karriere wesentlich zu helfen. Im Gegenteil: Die beiden Familien Roosevelt sind einander nicht grün, und Franklin durchlebte eine ziemlich harte Jugend auf der nicht sehr großen Farm seines Vaters. Seine noch lebende 77jährige Mutter, Frau Sara Roosevelt, erklärte Zeitungsvertretern, daß sie nicht sagen könne, daß ihr Sohn ein „böser Junge" gewesen sei, obwohl das Volk böse Jungen liebe. Tatsache sei, daß er immer ein gutes Kind gewesen sei, wahrscheinlich weil er das einzige Kind war. Für den weiteren Horizont sorgte die Mutter, indem sie den Jungen auf Europareisen, die auch nach Deutschland führten, mitnahm und ihn abwechselnd durch Französinnen, Spanierinnen und Deutsche erziehen ließ. Roosevelt kann heute noch Deutsch leidlich sprechen und annähernd fließend lesen. Er wuchs auf wie ein sportliebender amerikanischer Junge, machte sich, als Student an der Harvard-Universität, durch seine kritischen Studien in der von ihm geleiteten Universitätszeitung reichlich unbeliebt und schloß sich später den Demokraten an, wo sein zwar heiterer, aber treffender Sarkasmus ihm zunächst nicht gerade viele Sympathien einbrachte. Gläubig hing er an seinem bewunderten Vorbild Wilson — wobei man sich das Bild des idealistischen Professor Wilson der Vorkriegsjahre vergegenwärtigen muß — und entfaltete als Unterstekretär im Marineamt eine Tätigkeit, die alle Leute, die eine amtliche Stellung nur als bequeme Versorgung ansahen, zu seinen Feinden machte. Von Juli bis September 1918 gehörte er der Inspektion der USA-Streitkräfte in den europäischen Gewässern an. Von Januar bis Februar 1919 leitete er die amerikanische Demobilisierung in Europa. Mit den amerikanischen Gewerkschaftlern stand er von jeher auf verhältnismäßig gutem Fuß. Während des Krieges betätigte er sich auch in der Organisation der Truppentransporte in einer Weise, die die maßgebenden Leute in Washington auf ihn aufmerksam machte.

Diese flüchtigen Andeutungen über den Lebensgang des 32. Präsidenten der USA, der nur zwei Demokraten als Vorgänger hat, genügen, um erkennen zu lassen, daß man Roosevelt nicht als einen Parteikandidaten, sondern als eine höchst eigenwillige Persönlichkeit zu bewerten hat. Sie besagen auch schon einiges über seine voraussichtliche politische und wirtschaftliche Praxis. Stellte Hoover sich der furchtbaren Wirtschaftskrise als kühler, nüchterner Rechner mit der scheinbar herzlosen Parole gegenüber: „Keine Verschwendung!" (nämlich durch Zahlung von Arbeitslosenunterstützungen), so gewann Roosevelt die Massen mit seinem zündenden Wort von der Sorge für den „vergessenen Mann" und mit dem einfachen Satz: „Der Staat kann nicht ruhig zusehen, wie Millionen seiner Bürger hungern und zugrunde gehen!" Diese beiden Standpunkte waren wirklich entscheidend in dem jetzt abgeschlossenen erbitterten Wahlkampf und nicht, wie man es sich in Europa zumeist fälschlich vorstellte, die Prohibitionsfrage. Was die „Massen" allerdings nicht abgehalten hat, Roosevelts enormen Sieg, der alle Erwartungen überschreitet, mit wilder Begeisterung und grenzenloser Freude über die zu erhoffende Beseitigung der Prohibition während der Wahlnacht in den Restaurants und Nachtklubs zu feiern.

Von der Art und Weise, in der Roosevelt seine Versprechungen einlösen wird, hängt es ab, ob seine Präsidentschaft erfolgreicher sein wird als die Hoovers, den man vor vier Jahren mit ebenso großen Hoffnungen begrüßt hat. Amerika hat seine Piloten gewechselt; an die Stelle eines Republikaners wird am 4. März nächsten Jahres ein Demokrat treten, der reiche Erfahrungen mitbringt. Der Unterschied zwischen den beiden Parteien ist allerdings fast bis zur Unkenntlichkeit verwischt, so daß der Ersatz der einen durch die andere an sich schon nicht sehr erheblich erscheinen muß; außerdem befinden sich beide unter dem Druck derselben Weltlage, die keine von beiden zu ändern vermag. Das Ausland kann daher, soweit sachliche Politik in Frage kommt, von den Demokraten nicht viel anderes erwarten als von den Republikanern, denn beide Parteien sind seit dem Krieg fremdenscheu geworden und haben sich von Wahl zu Wahl immer mehr egozentrisch gebärdet. Im übrigen kümmerte man sich bei der diesjährigen Wahl überhaupt nicht um Auslandsfragen, deren lediglich in einigen Nebensätzen der Parteiprogramme gedacht wurde, und dann nur so weit, wie sie Amerika zuträglich sind; nicht einmal der Völkerbund wurde benutzt, um die Geister in Wallung zu bringen. Die häuslichen Fragen allein beherrschten die Szene. Die wichtigste Frage bleibt aber Roosevelts Eignung für die internationale Seite der Präsidentschaft, seine Beherrschung der vielverschlungenen Probleme, seine Unvoreingenommenheit bei ihrer Lösung und seine Kraft sich durchzusetzen. Und gerade in diesem Punkte ist er ein unbeschriebenes Blatt.

Roosevelt mit überwiegender Mehrheit gewählt.

Der demokratische Sieg in USA.

)(New York, 9. November.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt ist mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Von den insgesamt 531 Wahlmännerstimmen erhielt er 453, Hoover 78. Bei den Bürgermeisterwahlen der Stadt New York siegte der demokratische Kandidat O'Brien.

Der neue Senat besteht nach dem Ergebnis der jetzigen Ergänzungswahlen aus 59 Demokraten, 36 Republikanern und einem Farm-Arbeiterparteiler. Zahlreiche langjährige republikanische Senatoren — darunter Watson-Indian, Smoot-Utah und Moses-Newhamsphire sind durch jüngere Kräfte ersetzt worden. Im Repräsentantenhaus haben die Demokraten eine Mehrheit von etwa 150 Sitzen errungen. Der Sieg der Demokraten bei den Wahlen der Gouverneure und Bürgermeister entspricht dem bei der Präsidentenwahl, der für Roosevelt rund 65 v. H. beträgt und einen Rekord für Amerika darstellt.

Die Gegner der Prohibition rechnen mit mehr als 300 Sitzen im Repräsentantenhaus und 50 Sitzen im Senat. Damit wäre die für eine Aenderung des Prohibitionsgesetzes notwendige Zweidrittelmehrheit im Unterhaus zwar vorhanden, im Senat dagegen nicht.

Stark beachtet wird das Anwachsen der sozialistischen Stimmen. Die Sozialisten dürften auf eine Gesamtstimmenzahl von 1½ Millionen kommen, während sie im Jahre 1928 nur eine viertel Million Stimmen auf sich vereinigten.

Sehr bemerkenswert ist an dem gestrigen Wahlkampf die Tatsache, daß er sich im ganzen Lande nahezu ohne Zwischenfall reibungslos abgewickelt hat. Das ist umso auffallender, als die 42 Millionen Wahlstimmen, die abgegeben wurden, eine Rekordzahl darstellen. Der einzige Zwischenfall wird aus St. Clairville in Ohio gemeldet, wo es zwischen den gegnerischen Parteien zu Handgreiflichkeiten kam, bei denen 20 Beteiligte verletzt wurden.

*

Die Politik des neuen Mannes.

CNB Berlin, 9. November.

Der deutsche Rundfunk sendete heute einen aus Amerika aufgenommenen Rundfunkvortrag Kurt G. Sell's über das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen. Für Europa, so sagte der Redner u. a., sei schon die Beendigung der Unsicherheit von Wert. Roosevelts Mandat habe die Bedeutung eines Volksauftrages. Dazu komme, daß der neue Präsident in seinen Entscheidungen nicht so gelähmt sein werde wie sein Vorgänger, denn sein demokratischer Kongreß werde ihn auch bei der Zusammenarbeit mit Europa unterstützen und durch eine weitgehende Uebereinstimmung in den Verwaltungszweigen würden die politischen Aufgaben sehr erleichtert werden. Die Probleme der neuen Staatsführung sah der Vortragende zunächst in der Erhaltung des Kredits der Vereinigten Staaten und in der Wahrung des Goldstandards, für den allerdings keine unmittelbare Gefahr bestehe. Die Zolltarifpolitik werde sich im Sinne verständiger liberaler Ideen und eines Abbaues des absoluten Schutzzollgedankens ändern, sodaß es den europäischen Schuldnern vermutlich eher möglich sein werde, Waren in Amerika abzusetzen. Roosevelt hoffe, zu einer Linderung der Not der Landbevölkerung durch bessere Organisierung der Verkaufsorganisationen zu gelangen. In den Finanzen werde man weiter jedem Experimentieren abhold sein, man werde, um das Budget zu balancieren, sparsam, vorsichtig, ja konservativ bleiben. Wenn Europa sich über einen vernünftigen Entwaffnungsplan einige, so werde in Amerika Verständnis dafür bestehen, daß auch die Kriegsschulden heruntergesetzt werden müssen.

*

Keine grundlegende Aenderung der Außenpolitik.

= Washington, 9. November.

Trotz der gewaltigen Mehrheit, die Roosevelt bei den gestrigen Wahlen erhielt, und trotz der gesicherten demokratischen Majorität in beiden Häusern ab 4. März nächsten Jahres rechnet man im Staatsdepartement nicht mit radikalen Aenderungen der Außenpolitik. Da Hoover Roosevelt gestern loyale Unterstützung zugesagt habe, so bestehe die große Wahrscheinlichkeit, daß die Außenpolitik der Vereinigten Staaten zumindest in ihren fundamentalen Grundlagen unverändert bleiben werde, wenn auch in der Methode vielleicht andere Wege gegangen würden, z. B. rechne man mit einem freundlicheren Ton gegenüber Japan. Man erhoffe auch mehr Verständnis für eine Revision der internationalen Finanzprobleme. Die Wintersession des alten Parlaments wird, wie man hier weiter erklärt, angefüllt sein mit Sorgen über die Arbeitslosenfürsorge, mit der Frage der Zulassung von Bier und leichten Weinen.

(Weitere Meldungen auf der 2. Seite.)

Von Strasser bis Breitscheidt?

Von unserer Berliner Redaktion.

+ **Berlin**, 9. November (Drahtb.)

Die politischen Kreise, denen die Erhaltung des Reichskabinetts von Papen sehr am Herzen liegt, machen krampfhafte Versuche, um der Oeffentlichkeit vorzutäuschen, das Kabinett stehe gefestigter da als jemals. Ganz besonders wird darauf verwiesen, daß durch die Reichstagswahlen vom 6. November das Zentrum und die Nationalsozialisten keine Mehrheit mehr im Reichstag hätten und daß dadurch die Autorität der Reichsregierung gestärkt sei. Die Kreise, die sich auf diese Weise über das eigentliche Wahlergebnis hinweg zu täuschen suchen, haben nicht richtig erfaßt, was Staatsautorität und Demokratie, die nach den Worten des Reichskanzlers keine Gegensätze sind, für die Zukunft verlangen. Zweimal hat das deutsche Volk mit allergrößter Deutlichkeit durch die Wahl großer Parteien bewiesen, daß es von diesem Kabinett, dessen Verwurzelung im Volk nirgends sichtbar ist, nichts wissen will. Das Wahlergebnis ist aber auch der deutliche Ausdruck des Volkswillens, der besagt, daß gegen eine autoritäre Regierung nichts einzuwenden ist, wenn sie sich auf eine breite Volksmehrheit, die sich in einer Mehrheit im Parlament verkörpert, stützen kann.

Die Tage der Herrschaft des Kabinetts von Papen müssen gezählt sein. Zur Erreichung dieses Erfolges bedarf es durchaus nicht der alten Methode des Ausklügelns einer Mehrheitskombination, wobei immer eine Partei stärker als die andere den Versuch macht, möglichst viel für sich herauszuholen. Es darf aber nicht mit gemeinsamen Besprechungen gewartet werden, bis der Reichstag zusammentritt und die Fraktionen gebildet sind. Die führenden Männer der Parteien, die als Träger der neuen autoritären Regierung in Frage kommen, haben die Pflicht, unverzüglich die Verhandlungen aufzunehmen, um möglichst bald zu einem Ergebnis zu kommen.

Es gibt genügend Fragen, über die ohne weiteres eine Verständigung erzielt werden kann. Die Kommunisten zählen bei diesen Besprechungen überhaupt nicht mit, und die Deutschnationalen dürften, nach den aus ihrem Kreise vorliegenden Aeußerungen zu schließen, keinen Wert darauf legen, bei der Neugestaltung der Dinge mitzuarbeiten. Wenn der Reichskanzler glaubt, durch das Aufrollen der Reichsreform- und Verfassungsfragen sich eine gewisse Popularität zu schaffen, so dürften ihm die Führer der in Betracht kommenden Parteien auf diesem Wege nicht folgen. In der Außenpolitik sind sich die meisten Parteien einig. Ebenso gibt es auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik so viele Verständigungsmöglichkeiten, daß nicht nur eine Tolerierungsmehrheit gefunden werden kann, sondern daß sich sogar die Aussicht auf eine praktische Arbeitsgemeinschaft zeigt.

Die zweite Frage wäre die Einigung auf eine Persönlichkeit, die als Reichskanzler dem Reichspräsidenten von Hindenburg vorgeschlagen werden könnte. Nicht bei von Papen, sondern beim Reichspräsidenten von Hindenburg liegt die Entscheidung. Aber es darf nicht nur die Parole ausgegeben werden, Rücktritt des Reichskanzlers von Papen, es muß auch im gleichen Augenblick eine Persönlichkeit zur Stelle sein, die dem Reichspräsidenten präsentiert werden kann. Somit konzentriert sich das ganze politische Geschehen auf den Reichspräsidenten. Bei ihm liegt es, einen Mann

Zuleitung des badischen Konkordatsentwurfes an den Landtag.

◆ Karlsruhe, 9. November.

Wie verlautet, hat das badische Staatsministerium beschlossen, den badischen Kultusminister zu beauftragen, den Konkordatsentwurf des badischen Staates mit dem Heiligen Stuhl dem Landtag baldigst vorzulegen.

Schwere Unruhen in Genf.

Militär schießt mit Maschinengewehren. — Drei Tote, 15 Schwerverletzte.

:: Genf, 9. November.

Die „Union nationale", eine bürgerliche Partei, die sich erst vor kurzem in Genf gebildet hat, veranstaltete am Mittwoch abend in einem Gemeindesaal von Plain-Palais eine Versammlung, um öffentlich Beschwerde zu führen gegen die Nationalräte Nicol und Dicker. Unterdessen sprachen auf der Straße die Nationalräte Nicol und Trorchet zu einer großen Menge.

Gegen 9 Uhr wurden von der Menge die Absperrungen durchbrochen, sodaß die Polizei einschreiten mußte. Die Demonstration artete zu einem reinen Aufstand aus. Als die Kompagnie der Infanterierekrutenschule auf Ersuchen der Polizei eintraf, wurden die Soldaten angegriffen. Zahlreiche Rekruten wurden in die Menge hineingerissen und geschlagen. Die Gewehre wurden ihnen entrissen und auf dem Boden zerschlagen. Die Soldaten zogen sich nach dem Boulevard de pont d'Arve zurück und schossen mit Maschinengewehren, da sie sich umzingelt sahen. Die Erregung steigerte sich immer noch und Lastwagen mit Maschinengewehrabteilungen wurden herangeführt. Die Sanitäter bringen die Verletzten ins Krankenhaus. Nach den letzten Meldungen zählte man bis jetzt drei Tote und 15 Schwerverletzte.

zum Reichskanzler zu ernennen, der als Führer einer autoritären Reichsregierung die Verbindung mit einer Parlamentsmehrheit aufrechterhält und sich dadurch auf den Willen einer großen Volksmehrheit stützen kann.

Es hat keinen Zweck, schon in diesem Augenblick sich auf ein Rätselraten über evtl. in Frage kommende Persönlichkeiten einzulassen. Haupterfordernis der nächsten Tage ist es, daß die Führer der großen Parteien sich zusammensetzen, um aus dem Ergebnis der Wahlen vom 6. November die praktischen Folgerungen zu ziehen, damit Reichspräsident von Hindenburg möglichst bald in die Lage versetzt werden kann, die Entscheidung zu treffen zwischen dem jetzt verantwortlichen Leiter der deutschen Politik und dem von einer großen Volksmehrheit ausersehenen Kandidaten für den Reichskanzlerposten. Die Idee der Staatsraison erheischt ein rasches Handeln, damit nicht nach dem Zusammentritt des Reichstages durch geschickte Winkelzüge aus der anderen Richtung die gleiche Lage entsteht, wie beim Zusammentritt des Reichstages im September.

*

Ueber die vorstehenden Ausführungen unserer Berliner Redaktion haben wir mit Absicht eine auf den ersten Blick frappierende Ueberschrift gesetzt. Sie ist aber keineswegs so abwegig, wie es zunächst scheinen mag. Schon vor der Wahl wiesen wir gelegentlich darauf hin, daß unter der „autoritären Staatsführung" die Parteifronten sich merkwürdig verändert haben, daß alles durcheinandergewirbelt ist. Der Wirrwarr ist heute ohne Frage noch größer. War es damals schon dazu gekommen, daß das Zentrum sich mit den Nationalsozialisten zusammensetzte, so finden gegenwärtig im Reichstag unverbindliche Besprechungen zwischen Mitgliedern der NSDAP und der SPD über die Möglichkeiten eines gemeinsamen taktischen Operierens im Reichstag statt. Ob etwas dabei herauskommen wird, mag zunächst zweifelhaft sein. Aber schon die Tatsache dieser Verhandlungen allein verdient Beachtung.

Einer Koalition mit dem Zentrum, der Bayrischen Volkspartei und den Nationalsozialisten verschließen sich die Deutschnationalen. Sie haben kein anderes Interesse, als daß möglichst bald wieder dem Reichstag der Hals umgedreht werde. Mit den Nationalsozialisten aber haben sie sich so stark überworfen, daß an eine Reparatur der Harzburger Front als Teil einer Rechtskoalition nicht zu denken ist. Vor allem aber hat Hugenberg in seinem nicht nur wie der „Berliner Lokalanzeiger" für den Kleinbürger geschriebenen politischen Organ, dem „Tag", mit aller Deutlichkeit erklären lassen, daß die Deutschnationale Volkspartei von ihrer parlamentarischen Schlüsselstellung aus den Kampf gegen den Parlamentarismus fortführen werde. Kampf gegen den Parlamentarismus aber heißt in der Sprache der Deutschnationalen nichts anderes als Kampf gegen die Volksrechte, für die Wiederherstellung des Obrigkeitsstaats mit dem starken Einfluß der Kreise darauf, die zur Macht drängend hinter Hugenberg stehen. Die Aufforderung des Zentrumsführers Prälat Dr. Kaas zur Bildung einer deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft ist beiden Deutschnationalen auf kälteste Ablehnung gestoßen. War es am Dienstag noch die Auffassung des Reichskanzlers, daß Personenfragen keine Rolle spielen dürften, so wurde nach der gestrigen Kabinettssitzung offiziös erklärt, die Regierung denke nicht daran zurückzutreten, das gelte auch für einzelne ihrer Mitglieder, die Regierung sei entschlossen, ihren Weg weiterzugehen. Sie scheut also auch offenbar vor einem neuen Gewaltakt gegen fast 90 Prozent des deutschen Volkes, vor einer neuen Auflösung des Reichstages, nicht zurück. Sie hat zwar am Montag erklären lassen, daß sie die Arme weit aufmache zu einer Zusammenarbeit, aber was sie darunter versteht, darüber kann inzwischen wohl kaum noch ein Zweifel mehr sein. Sie will dem Reichstag eine Chance geben, sie möchte den Verfassungsartikel, daß die Reichsregierung des Vertrauens des Reichstages bedarf, dahin verkehren, daß der Reichstag das Vertrauen der Reichsregierung haben muß, wenn er seine legislative Aufgabe erfüllen will. Andernfalls soll die Auflöserei fortgesetzt werden. Selbst die weitherzigste Auslegung der laut gewordenen Absichten des Reichskabinetts muß damit rechnen, daß es zwar abwarten will, ob aus dem Reichstag heraus sich eine Mehrheit bildet, aber gewiß ist, daß dies bei dem Verhalten der Deutschnationalen nicht der Fall sein und daß sie deshalb weiter gegen den Willen des Reichstages im Amte bleiben wird.

Sei dem wie ihm wolle, der Versuch einer Mehrheitsbildung im Reichstag muß gemacht werden. Darum erklärte Dr. Kaas, auf Grund des Volksurteils vom 6. November werde das Zentrum „jeden verantwortbaren Schritt tun zur Ueberbrückung der Zerrissenheit zwischen den politischen Lagern und zur Ermöglichung einer volksverbundenen Reichsregierung anstelle des unmöglichen Zustandes von heute". Jeden verantwortbaren Schritt! Könnte darunter auch ein Zusammengehen des Zentrums mit der NSDAP und der SPD zu verstehen sein? Wir bejahen diese Frage. Der Versuch muß gemacht werden, schon aus dem Grunde, daß eine weitere politische Radikalisierung in Deutschland verhindert wird. Man bedenke folgendes und suche es in seiner ganzen Tragweite zu erfassen: 17,8 Millionen Wähler haben sich am 6. November für die NSDAP und die KPD ausgesprochen. Das ist mehr als die Hälfte der deutschen Wählerschaft. Nahezu 25 von 35 Millionen Wählern haben den drei sozialistischen Parteien ihre Stimme gegeben. Man hat immer wieder das taktische Zusammengehen der Nationalsozialisten mit den Kommunisten erlebt. Trennung dieser beiden Parteien ist eine der wichtigsten staatspolitischen Aufgaben. Aber damit darf es nicht sein Bewenden haben. Die Paralysierung der sozialistischen Gefahr ist das Gebot der Stunde, aber nicht mit antiparlamentarischen Mitteln, sondern auf der Grundlage der Verfassung. Nur so kann ein Zurückfluten des Radikalismus erreicht werden. Neue Reichstagsauflösung, Mundtotmachung des Volkes aber führt bestimmt zum Gegenteil, und dann werden die letzten Dinge schlimmer sein als die ersten.

Dem Zentrum ist, so sehen wir jetzt die Lage an, zur Wahrung der Volksrechte und Erhaltung gesetzmäßiger Zustände die Aufgabe des Brückenschlages von der NSDAP zur SPD zugefallen. Auf dem Wege eines „Verhörs" der Parteiführer durch den Reichskanzler kann die Aufgabe von heute nicht gelöst werden. Der Reichstag selber muß die Initiative ergreifen, und wir möchten annehmen, daß vom Zentrum aus im Sinne der vorstehenden Betrachtungen bereits bestimmte Schritte eingeleitet worden sind.

Auf Biegen und Brechen?

Das Reichskabinett denkt nicht an Rücktritt.

CNB **Berlin**, 9. November.

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts wurden zunächst laufende Angelegenheiten besprochen. Unter ihnen war der wesentlichste Teil das Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes. Präsident Syrup hat hierüber einen Vortrag gehalten, der zu dem Beschluß des Kabinetts führte, die Arbeitslager auch über den Winter fortbestehen zu lassen.

Dann hat sich das Kabinett in einer eingehenden Aussprache mit der innerpolitischen Lage beschäftigt. Die Aussprache ergab Einmütigkeit darüber, daß alles getan werden müsse, um zu einer nationalen Konzentration zu kommen. Das Kabinett denkt aber nicht daran, zurückzutreten. Das gilt auch für einzelne Mitglieder des Kabinetts, über deren möglichen Rücktritt in den letzten Tagen falsche Gerüchte verbreitet worden sind. Im Gegenteil ist die Reichsregierung entschlossen, weiter ihren Weg zu gehen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß in einer so schwierigen Situation, wie wir sie jetzt haben, keine Zeit für irgendwelche Experimente sei.

Das praktische Ergebnis der Aussprache ist, daß der Kanzler nun morgen dem Reichspräsidenten entsprechende Vorschläge für die Verhandlungen mit den Parteiführern machen wird. Die Stunde des Empfangs beim Herrn Reichspräsidenten steht noch nicht fest. Die Aussprache mit den Parteiführern soll aber schon sehr bald stattfinden. Der Zeitpunkt wird auch morgen im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten festgesetzt werden. Sicher ist jedenfalls, daß der Kanzler die Absicht hat, sich mit den Parteiführern ernst über die Lage auszusprechen. Außerdem werden in den nächsten Tagen auch Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder stattfinden, soweit sie zu den Sitzungen des Reichsrates in Berlin anwesend sein werden. Da der Reichsrat morgen zu sehr beschäftigt ist, werden diese Besprechungen frühestens am Freitag stattfinden. Mit den Problemen der Verfassungsreform und der Kontingentierungsfrage hat sich das Kabinett heute noch nicht beschäftigen können. Diese Dinge bleiben späteren Beratungen vorbehalten. (Schlecht vereinbar mit den vorstehenden Mitteilungen halbamtlichen Charakters ist die folgende Bemerkung, die die Telegraphen-Union ihrer Meldung über die Kabinettssitzung folgen läßt: „Die weitere Entwicklung der Dinge dürfte nunmehr die sein, daß das Kabinett seine weiteren Beschlüsse davon abhängig macht, ob es den Parteien gelingt, ein Programm und ein Kabinett der nationalen Konzentration von sich aus zu bilden. Erst wenn dies gelungen ist, dürfte die Frage eines Rücktritts überhaupt erörtert werden." Steht der obige Bericht in schroffstem Gegensatz zu der Erklärung des Reichskanzlers, daß Personenfragen keine Rolle spielen sollen, so würden mit ihr die beiden Sätze der Telegraphen-Union allerdings harmonieren. Wir haben im Augenblick keine Möglichkeit, diese Unklarheit zu beseitigen. Die Redaktion.)

Zu Berliner Blättermeldungen, nach denen an die Stelle von Einfuhrkontingenten für landwirtschaftliche Veredelungserzeugnisse Maßnahmen auf zollpolitischem Gebiete etwa die Einführung von Gleitzöllen treten sollen, erfährt WTB-Handelsdienst, daß im Falle der Einführung von Gleitzöllen zunächst die für die in Frage kommenden Positionen geltenden handelsvertraglichen Bindungen beseitigt werden müßten, um die Wirksamkeit der Zölle für die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft zu gewährleisten.

Der Reichskanzler begibt sich in der kommenden Woche auf eine Reise nach Süddeutschland. Am 14., kommenden Montag, wird er in Dresden sein, am Freitag, dem 18., in Stuttgart, am 19. in Karlsruhe; dann folgt die Einweihung einer neuen Rheinbrücke bei Mannheim-Ludwigshafen und am 20. erfolgt der Staatsbesuch in Darmstadt. Am Abend dieses Tages kehrt der Kanzler wieder nach Berlin zurück.

nicht, den Landtag zusammenzuberufen. Er hält es für selbstverständlich, daß den Parteien zunächst nach der Reichstagswahl Gelegenheit zur Aussprache untereinander gegeben wird. Präsident Kerrl ist daher noch nicht schlüssig über den Termin zur Einberufung des Landtages und wird darüber in absehbarer Zeit Entschluß fassen."

Das VDZ-Büro meldet: Die Entscheidung des Präsidenten wird frühestens in etwa acht Tagen erfolgen, sofern bis dahin ein Ergebnis der neuerlichen Fühlungnahmen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum vorliegt. Sicher ist, daß der Landtag nicht vor dem 22. November, wahrscheinlich sogar erst in den letzten Novembertagen zusammentreten wird.

Beratung der süddeutschen Länder und Sachsens.

:: **Würzburg**, 9. November.

Am Mittwoch fand in Würzburg eine bereits seit einiger Zeit vereinbarte Konferenz der Vertreter der süddeutschen Länder und Sachsens statt. Diese Konferenz, an der für Bayern Ministerpräsident Dr. Held teilnahm, diente dem Zweck, für die bevorstehende Sitzung des Reichsrates eine einheitliche Stellung der Länder herbeizuführen. Die Reichsregierung war von der Konferenz, an der auch die Fachreferenten der beteiligten Länder teilnahmen, vorher verständigt worden.

Der Arbeitsbeschaffungsplan des Jungdeutschen Ordens.

() **Berlin**, 9. November.

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, übergab heute nachmittag einer Anzahl Journalisten im Hause der Deutschen Presse den „großen Plan", den Vorschlag des Jungdeutschen Ordens zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die beiden Probleme „wie beseitigen wir Wirtschaftsnot und die Staatsnot", so sagte Mahraun, seien nicht durch parteimäßige Massenagitation aus der Welt zu schaffen, sondern nur durch Menschen, die innerlich verbunden seien. Mahraun legte dar:

1. Durch die Schaffung einer Million neuer deutscher Bauernhöfe würden vier Millionen Beschäftigung finden. Hiervon müsse ungefähr eine Million abgezogen werden, die heute vom Großgrundbesitz beschäftigt werde.
2. Die neugeschaffenen Dörfer würden einer halben Million Menschen in Handwerk, Gewerbe, Verwaltung und Verkehr einen neuen Arbeitsplatz geben.
3. Die Einführung der allgemeinen Volksdienstpflicht nehme 800 000 Jugendliche vom Arbeitsmarkt weg. Somit seien rund 4,8 Millionen Menschen der Arbeitslosigkeit entrissen.
4. Die hiermit verbundene Senkung der Lasten führe der Wirtschaft das notwendige Kapital zu. Die Durchführung des riesenhaften Kolonisationswerkes kurbele die gesamte Wirtschaft von unten an. Das, schloß der Vortragende, sei die Lösung der deutschen Wirtschaftsnot.

Löbe zum 9. November.

Rundfunkansprache über den holländischen Sender Hilversum.

)(**Berlin**, 9. November.

Zur Wiederkehr des Revolutionstages hat der frühere sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe gestern auf dem holländischen Sender Hilversum eine Rundfunkansprache über das Thema „Der 9. November und die Arbeiterklasse" gehalten. Sein Vortrag war von der Deutschen Welle „in Anbetracht der gespannten politischen Lage als nicht opportun" abgelehnt worden. In seinem Vortrag sagte Löbe u. a., zur Ueberwindung der sozialen Nöte der Gegenwart gebe es kein anderes Mittel, als die Eroberung der politischen Macht. Die Sozialdemokratische Partei sei sich bewußt, daß sie unerhört schwere Kämpfe vor sich habe.

Glückwunsch Hoovers an Roosevelt.

= **Newyork**, 9. November.

Präsident Hoover, der die Wahlergebnisse in seiner Heimatstadt Palo Alto in Kalifornien erwartete, sandte Roosevelt folgendes Glückwunschtelegramm: „Beglückwünsche Sie zur Gelegenheit, USA-Lande dienlich sein zu können, und wünsche erfolgreichste Regierungszeit." Roosevelt nahm die Glückwünsche der Pressevertreter und seiner Freunde in den frühen Vormittagsstunden im Hotel Baltimore entgegen. Als er das Hotel verließ, um nach Hause zurückzukehren, wurde ihm von einer ungeheuren Menge begeistert zugejubelt. Alle Sirenen in seinem Geburtsort Hyde Park begrüßten das Wahlergebnis. Newyork bietet einen Anblick wie sonst an dem großen Nationalfeiertage. Roosevelt hat seinen Mitarbeitern für das Zustandekommen des „großen liberalen Wahlsieges" seinen Dank ausgesprochen. In einer Erklärung an die Presse sagte Roosevelt, er hoffe, „daß alle ihr Möglichstes tun werden, um unser Land wieder zu wirtschaftlicher Blüte zu bringen." Allgemein besteht jedoch ein Gefühl der Erleichterung darüber, daß der Wahlkampf beendet ist, wobei erwartet wird, daß die in den letzten Wochen herrschende politische Spannung nunmehr rasch nachlassen werde.

Deutscher Dank an Hoover.

= **Berlin**, 9. November.

Die Blätter beschäftigen sich heute naturgemäß vor allem mit dem Ausgang der amerikanischen Präsidentenwahl; vor allem werden die Persönlichkeit des kommenden Präsidenten Roosevelt und die des unterlegenen Hoover gewürdigt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Deutschland begrüßt in Roosevelt den gewählten ersten Repräsentanten eines Volkes, mit dem es die allerbesten freundschaftlichen Beziehungen weiter pflegen will. Es sei gerade an diesem Tage dem Besiegten nicht vergessen, daß sein mutiger Schritt, das sogenannte „Hoover-Moratorium", unser Vaterland und vielleicht viele andere Nationen vor einem furchtbaren Schicksal bewahrt hat, und daß ihn der ehrliche Wille beseelte, das entsetzliche Chaos, das der Krieg geschaffen und das noch immer nicht ganz beseitigt werden konnte, nach bestem Wissen und Gewissen zu entwirren. Präsident Roosevelt möge es beschieden sein, eine glücklichere Rolle für unser Vaterland zu spielen, als sein demokratischer Amtsvorgänger Wilson. Möge Roosevelt über seine Amtszeit das Motto: „Hinein in den Weltwirtschaftsfrieden" stellen und wirklich diesem Wahlspruch treu bleiben! Der „Lokalanzeiger" begrüßt ebenfalls das neue amerikanische Staatsoberhaupt herzlich und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich seine Wahl segensreich nicht nur auf die darniederliegende Wirtschaft seines Landes, sondern auch auf die Wechselbeziehungen Deutschlands auswirken werde. Das „Berliner Tageblatt" meint, Europa und besonders Deutschland könnten die Niederlage Hoovers nicht zur Kenntnis nehmen, ohne die nochmalige Bekundung der Dankbarkeit für die Einsicht des bisherigen amerikanischen Präsidenten in die unhaltbaren Kriegsfolgen. Soweit die Reparationsfrage gelöst ist, soweit die Krise der öffentlichen und privaten Finanzen Europas und Deutschlands davor bewahrt wurde, eine Katastrophe zu werden, in beiden Fällen ist Name und Tat Hoovers nicht aus den wirklichen Entscheidungen hinwegzudenken.

Die Vorbereitung für die Weltwirtschaftskonferenz.

Rücksprachen mit den Regierungen.

— **Genf**, 9. November.

Der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses, Trip, hat an den Vorsitzenden des Ratskomitees für die Weltwirtschaftskonferenz ein Schreiben gerichtet, in dem erklärt wird, daß der erste Gedankenaustausch der Sachverständigen weitgehend dazu beigetragen habe, die Verständigung über die Fragen, die die Weltwirtschaftskonferenz zu lösen habe, vorzubereiten.

Wie wir erfahren, liegen die Fragen, über die man sich bisher noch nicht geeinigt hat und über die eine Verständigung im zweiten Tagungsabschnitt erstrebt werden soll, weniger auf wirtschaftlichem, als auf finanz- und währungspolitischem Gebiet. Aus dem Bericht des Finanzkomitees, der vorläufig noch streng geheim gehalten wird, soll hervorgehen, daß die Finanzsachverständigen ebenso wie die Wirtschaftsexperten die Notwendigkeit betont haben, daß man auswärtige Schulden nur mit Waren oder Dienstleistungen abtragen könne. Der Bericht enthalte ferner die Feststellung, daß Gold als internationaler Währungsregulator bleiben und der Goldstandard wieder hergestellt werden müßte. Ueber die Vorbedingungen hierzu gehen die Meinungen noch auseinander. Stark betont werde die Notwendigkeit, die Maßnahmen zur Behebung der Krise auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet gleichzeitig zu treffen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Trip, hat sich in einer Pressebesprechung heute vormittag gegen die Meldungen über ein angebliches Scheitern der Sachverständigenberatungen gewandt. Er erklärte, der Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz hänge in weitem Maße davon ab, ob und in welchem Umfange die Regierungen bereit seien, durch Konzessionen zu dem gemeinsamen Werk beizutragen. Man habe jetzt zunächst einmal in einer Aussprache, die allgemeinen Charakter trug, die von der Lausanner Konferenz aufgestellte Liste von Fragen geprüft unter dem Gesichtspunkt, zunächst zu einer Klärung der Schwierigkeiten zu kommen, unter denen sich das Problem der Weltwirtschaftskrise für die einzelnen Länder darstellt. Die Aussprache sei jetzt zu einem Punkt gediehen, wo es nützlich erschien, daß jeder einzelne Sachverständige im Benehmen mit seiner Regierung die praktischen Lösungsmöglichkeiten durchprüft.

Deutscherseits wird mit Nachdruck betont, daß von einem Scheitern der Sachverständigenberatungen keine Rede sein kann. Man könnte nach Lage der Dinge nicht erwarten, daß bei dieser ersten Fühlungnahme der Sachverständigen schon Vorschläge, Abkommensentwürfe usw. ausgearbeitet würden. Es konnte vielmehr nur darauf ankommen, die Probleme, die die Weltwirtschaftskonferenz zu lösen hat, scharf herauszukristallisieren. Das positive Eintreten der deutschen Delegation für eine sachliche und gründliche Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz wird allgemein anerkannt.

Die Kontingentierungspolitik der niederländischen Regierung.

Eine Denkschrift des Wirtschaftsministers.

:: **Amsterdam**, 9. November.

Der holländische Wirtschaftsminister hat der zweiten Kammer eine Denkschrift über die Kontingentierungspolitik der Regierung und deren Auswirkungen zugehen lassen. Danach müssen zunächst die Produktionskosten im Inland sich dem niedrigeren Preisstand der Waren anpassen, da nur auf diesem Wege die Rentabilitätsgrundlage der Unternehmungen wiederhergestellt werden könne. Die in England und Deutschland zur Förderung der Anpassung der Kosten an den Preisstand verfolgten Maßnahmen für Holland seien verwerflich. Auch handelspolitische und andere Maßnahmen des Auslandes, die einerseits eine Fernhaltung niederländischer Erzeugnisse bezweckten und andererseits ein Angebot ausländischer Waren auf dem inländischen Markt zu Preisen zur Folge hätten, bei denen selbst bei beträchtlicher Herabsetzung der Erzeugungskosten Konkurrenz unmöglich sei, könnte nicht geduldet werden. Der Bericht geht dann auf die für die verschiedenen Kontigentierungen im einzelnen maßgebenden Gründe sowie auf Erwägungen ein, die zur Ablehnung von Kontigentierungsanträgen führten, um dann festzustellen, daß auch den möglicherweise aus der Einfuhrbeschränkung erwachsenden Nachteilen für den Handelsverkehr ernste Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. So sei die Kontigentierung fast ausschließlich auf Industrieerzeugnisse angewandt worden, bei denen es sich nicht um Stapelerzeugnisse handele, auch seien primäre Rohstoffe davon ausgenommen worden.

Was das Verhältnis zum Ausland anlangt, so wird anerkannt, es könne bei größerer Anwendung der Kontigentierung nicht ausbleiben, daß die Ausfuhrinteressen ernstlich litten, und man sich gänzlich unkontrollierbaren Folgen gegenübersehe, wie dies in anderen Ländern der Fall gewesen sei. Unmittelbarer und greifbarer seien die nachteiligen Folgen ausländischer Gegenmaßnahmen, die man in jedem Fall von Kontingentierung erwarten könne. Aber abgesehen davon liege es im allgemeinen Interesse, das gute Einvernehmen mit dem Ausland nach Möglichkeit zu beachten. Die Regierung habe sich daher auch auf den Standpunkt gestellt, daß sie nicht nur ihren Vertragsverpflichtungen gegenüber Belgien und der Tschechoslowakei hinsichtlich einer vorherigen Verständigung loyal nachkommen müsse, sondern auch bereit sein müsse, begründeten Beschwerden anderer Länder auf der Grundlage der Gegenseitigkeit soweit wie möglich entgegenzukommen.

Der Denkschrift sind eine Reihe von Anlagen beigefügt, in denen die mit der Kontingentierung von Rind- und Kalbfleisch, Schuhen, Trikotagen, Wollstoffen, Oberkleidung, Erzeugnissen der keramischen Industrie und Fahrradreifen erzielten Erzeugnisse als befriedigend besprochen werden. In allen Fällen sei die Einfuhr merkbar zurückgegangen und der Anteil der inländischen Erzeugung an dem inländischen Verbrauch verschiedentlich erheblich gestiegen.

Kerrl über die Einberufung des Landtages.

:: **Berlin**, 9. November.

Der Präsident des Preußischen Landtages hat dem Der Präsident des Preußischen Landtages hat den Preußischen Pressedienst der NSDAP. zu folgender Erklärung ermächtigt:

„Die von verschiedenen Seiten der Oeffentlichkeit gemachten Mitteilungen über Einberufung des Preußischen Landtages sind zu mißverständlichen Deutungen geeignet. Zur Zeit beabsichtigt der Präsident noch

Der Regierungsbezirk Münster unter dem neuen Regierungspräsidenten.

Presseempfang durch Regierungspräsident Dr. Pünder.

× **Münster**, 9. November.

Der neue Regierungspräsident Dr. Pünder benutzte die erste Gelegenheit, die sich ihm bot, die Presse des Regierungsbezirkes Münster zu einer vertrauensvollen Aussprache einzuladen, um sich mit den Vertretern der öffentlichen Meinung bekanntzumachen und den Grundstein für ein weiteres Hand-in-Hand-arbeiten zu legen. Der Regierungspräsident begrüßte die sehr zahlreich Erschienenen und widmete zu Beginn dem bisherigen Regierungspräsidenten Dr. Amelunxen als fähigem Verwaltungsbeamten und vornehmen Menschen dankbare und sympathische Worte. Er betonte, daß er für die Zeit seiner Amtstätigkeit stets enge und freundschaftliche Fühlungnahme halten werde, da er die Bedeutung der Presse als Ausdruck der öffentlichen Meinung sehr wohl zu würdigen wisse. Mit Nachdruck betont Dr. Pünder seine durchaus verfassungstreue und konservativ-durchdrungene Einstellung und seinen festen Willen, seine ganze Kraft dem Wohle des ihm anvertrauten Regierungsbezirkes zu widmen. (Lebh. Zustimmung.)

Regierungsrat Dr. Buerstedde, der Pressedezernent der Regierung Münster, sprach über die

Frage der Personalunion von Oberpräsident und Regierungspräsident.

Es ist vielfach die Frage aufgeworfen, weshalb es nicht zu einer Personalunion zwischen Oberpräsident und Regierungspräsident hier in Münster gekommen ist, wie es die zweite preußische Sparnotverordnung vorsah. Nun, man hat wohl eingesehen, daß hier auch nach einer Vereinfachung des gesamten Staatsapparates beide — Oberpräsident wie Regierungspräsident — ein gerüttelt Maß von Arbeit und Verantwortung zu tragen haben. Wenn daher die Verordnung vom 3. September die Personalunion nicht generell vorschreibt, so konnte von vornherein damit gerechnet werden, daß es in Münster nicht wieder zu einer Personalunion kommen würde. Es erübrigt sich, die Bedeutung der Provinz Westfalen, der zweitgrößten preußischen Provinz, mit der Einwohnerzahl des Freistaates Sachsen, mit ihrem bedeutsamen wirtschaftlichen und kulturellen Leben herauszustellen. Aber auch der Regierungsbezirk Münster — der fünftgrößte preußische Regierungsbezirk — übertrifft mit seinen mehr als 1,5 Millionen Einwohnern die Bevölkerungszahl der meisten deutschen Länder bis einschließlich Hessen. Es kommt dazu, daß auch nach Durchführung der Vereinfachungsordnung der Geschäftsumfang der Regierung Münster sich erheblich vergrößert haben und daß auch der des Oberpräsidenten noch sehr groß sein wird. Bekanntlich bestehen auch Erwägungen, bei einer kommenden Reichsreform den preußischen Oberpräsidenten gleichzeitig zum Kommissar der Reichsregierung zu bestellen, was vielleicht eine irgendwie geartete Angliederung der verschiedenen provinziellen Reichsbehörden an ihn zur Folge haben würde.

Die Organisationsveränderungen innerhalb der Regierung.

Zum 1. April 1933 soll nach der erwähnten Verordnung vom 3. September d. Js. das Landeskulturamt in Münster, das neben Westfalen auch Schaumburg-Lippe und die Grafschaft Schaumburg umfaßt, aufgelöst und seine Aufgaben auf die Regierungspräsidenten überführt werden. Es wäre möglich, daß das bisherige Landeskulturamt geschlossen einer Regierung und dann vermutlich der in Münster eingegliedert würde. Denn in der erwähnten Verordnung ist vorgesehen, daß für einzelne Verwaltungszweige ein Regierungspräsident auch in benachbarten Regierungsbezirken für zuständig erklärt werden kann. Zum mindesten spricht vieles dafür, daß die bisherige Spruchkammer beim Landeskulturamt dem Bezirksausschuß in Münster als besondere Abteilung eingegliedert wird. Sollte auch im übrigen das bisherige Landeskulturamt in die münsterische Regierung aufgehen, so würde damit der Regierungspräsident auch die Beaufsichtigung der zehn in Westfalen bestehenden Kulturämter übernehmen. Die Vereinfachungsverordnung sieht ferner die Aufhebung der Kulturbauämter vor. Praktisch bedeutet das, daß das Kulturbauamt in Münster, das einzige im Regierungsbezirk, der Regierung voraussichtlich einverleibt wird. Eine andere bedeutsame organisatorische Aenderung wird dadurch hervorgerufen, daß der kollegiale Charakter der Abteilung II (für Kirchen und Schulen) in Wegfall kommt und ihr Aufgabenbereich dem Regierungspräsidenten unmittelbar übertragen wird. In gleicher Weise werden bekanntlich unter Aufhebung der Provinzialschulkollegien die Angelegenheiten des höheren Schulwesens dem Oberpräsidenten überlassen. Nicht endgültig dürfte die Frage des Oberversicherungsamtes entschieden sein. Die Reichsregierung hat sich bekanntlich die Ermächtigung geben lassen, den Apparat der Versicherungsbehörden zu vereinfachen. Es ist möglich, daß der alte Plan des Reichsarbeitsministeriums wieder aufgegriffen wird, die Zahl der Oberversicherungsämter zu vermindern, vielleicht für jede Provinz — abgesehen von der Rheinprovinz — nur ein Oberversicherungsamt bestehen zu lassen. Sollte es dazu kommen, so müßte damit gerechnet werden, daß lediglich in Dortmund ein Oberversicherungsamt — möglicherweise als Reichsbehörde — bestehen bliebe. Das würde jedoch ohne Zweifel den Rechtsschutz der Versicherten innerhalb des Regierungsbezirks Münster erschweren. Im übrigen ist der Geschäftsumfang des Oberversicherungsamtes in Münster — eine Spruchkammer tagt auch regelmäßig in Gelsenkirchen-Buer — so groß, daß sein Fortbestand wohl zu rechtfertigen wäre.

Die Vereinfachung des staatlichen Apparates im Bezirk.

Eine Zusammenlegung von Behörden der Lokalinstanzen, wie sie in der zweiten preußischen Sparverordnung angestrebt wird, kam und kommt für den Regierungsbezirk Münster nur in geringem Maße in Frage. Die Verwaltungsbezirke haben im ganzen eine Größe, die über den preußischen Durchschnitt hinausgeht. Deshalb ist auch eine Zusammenlegung von Landkreisen im Bezirk Münster nicht erfolgt. Mögen auch erhebliche Unterschiede in der Größe bestehen, so hat der Großkreis Recklinghausen 188 000, der Kreis Warendorf nur 37 000 Einwohner, neben anderem ist die räumliche Ausdehnung sämtlicher Kreise für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes bestimmend gewesen.

Nicht aufgehoben werden konnte die einzige Oberförsterei des Bezirks, die übrigens der Regierung in Minden untersteht, weil die münsterische Regierung keine Forstabteilung hat. Ebenso wenig kam die Aufhebung eines der fünf Gewerbeaufsichtsämter Münster, Rheine, Bocholt, Recklinghausen und Gelsenkirchen in Frage. Das Gleiche gilt von den drei Hochbauämtern Münster 1 u. 2 und Recklinghausen. Die Zahl der Schulaufsichtsbezirke — jetzt 20, von denen 5 durch Stadtschulräte besetzt sind — war schon vor Erlaß der Sparverordnung durch Aufhebung des Aufsichtsbezirkes Ahlen verringert worden. Auch die Frage, ob in der staatlichen Medizinalverwaltung eine von den 12 Kreisarztstellen eingespart werden kann, mußte im Interesse der gesundheitlichen Betreuung verneint werden. Dasselbe gilt für die Veterinärratsstellen. Auch die Katasterämter, heute das Rückgrat der preußischen Steuerverwaltung, bleiben in der bisherigen Zahl erhalten.

Was die Versicherungsämter angeht, so sind die bei den kreisangehörigen Städten errichteten Versicherungsämter Ahlen, Rheine und Gronau aufgelöst worden. Es wurden z. B. die Kreiskassen in Borken und Gelsenkirchen aufgelöst. Zur Zeit bestehen noch Kreiskassen in Münster, Warendorf, Recklinghausen und Burgsteinfurt. Die Frage, ob speziell in Münster eine Zusammenlegung der örtlichen Kassen (Kreiskasse, Polizeischulkasse, Studienfondskasse) mit der Regierungshauptkasse möglich ist, wird zur Zeit geprüft.

Zum Schluß wies Regierungsrat Buerstedde auf die Notwendigkeit der Büroreform und Geistesreform hin.

Regierungspräsident Dr. Pünder betonte zum Schluß noch die zentralen Reformbestrebungen zur Aufhebung des übertriebenen Dualismus Reich—Preußen.

Für die Presse dankte der Vorsitzende des münsterländischen Pressevereins, Chefredakteur Gärtner, dem Regierungspräsidenten, dem Vizepräsidenten und Regierungsrat Buerstedde für ihre Bemühungen um die Zusammenarbeit mit der Presse; hier setze sich erfreulicherweise das Bestreben des früheren Regierungspräsidenten Dr. Amelunxen fort. Die Presse sei gern bereit, in die dargebotene Hand einzuschlagen und so gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten zum Wohle der Bevölkerung zu arbeiten.

Regierungsrat Buerstedde hielt dann noch einen aufschlußreichen Vortrag über den

Aufbau und die Aufgaben der Regierung Münster.

Nach einer Besprechung der vorgetragenen Ausführungen schloß Regierungspräsident Dr. Pünder die erste gemeinsame Konferenz zwischen Regierung und Presse, die sicherlich dazu beitragen wird, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Regierungsstelle und Bevölkerung, als deren Mittelsmann sich die Presse betrachtet, zu fördern und zu vertiefen.

Raubüberfall auf die Spar- und Darlehnskasse in Metelen.

Die Täter schießen auf die Verfolger und entkommen.

:: **Metelen (Krs. Steinfurt), 9. November.**

Heute abend gegen 5,30 Uhr wurde auf die hiesige Spar- und Darlehnskasse ein verwegener Raubüberfall ausgeführt. Der Rendant wurde niedergeschlagen. Die Täter jedoch mußten flüchten und entkamen in der Dunkelheit.

Der Hergang war folgender: Zwei junge Burschen betraten den Geschäftsraum der Kasse und baten, Kleingeld umwechseln zu dürfen. Als der Rendant, der allein anwesend war, das Geld auszählte, erhielt er von dem einen der beiden Burschen einen Schlag mit der Spitze eines Hammers auf den Kopf. Der Schlag traf aber nicht so, wie er treffen sollte, rutschte ab und riß dem Rendanten eine klaffende Wunde in der Nähe des Ohres. Der Rendant schrie sofort um Hilfe. Darauf ließen die Burschen alles im Stich und flüchteten. Auf der Straße versuchte ein junger Mann, der die Hilferufe gehört hatte, einen der Burschen festzuhalten. Im Handgemenge konnte sich dieser wieder befreien. Beide flüchteten dann über die Hauptstraße nach Burgsteinfurt zu. Als sie sahen, daß sie verfolgt wurden, gaben sie zwei Schüsse auf die Verfolger ab. Trotzdem aber setzte man die Verfolgung fort. Die Täter schossen noch einmal und entkamen dann auf der Landstraße nach Leer in der Dunkelheit. Am Tatort hatten sie ihre Fahrräder, Aktentaschen, Hammer und Hut zurücklassen müssen. Außerdem fand man noch die Papiere einer der Täter mit einliegendem Photo. Er stammt aus Holsterhausen.

Die Verletzungen, die der Rendant erhielt, sind nicht allzu gefährlicher Natur. Die Polizei setzte sofort mit der Verfolgung ein. Näheres über den Verlauf der Verfolgungsaktion war bei Redaktionsschluß noch nicht zu erfahren.

Eine Räuberbande wird gesucht.

Zahlreiche Raubüberfälle in westdeutschen Städten. – Ein Teil der Bande bereits festgenommen. – 1000 RM. Belohnung für die Ergreifung der Haupträdelsführer.

)(**Duisburg-Hamborn, 9. November.**

Wir berichteten bereits von dem Raubüberfall auf die Kassierer eines Viehkommissärs am Düsseldorfer Schlachthof am Montagabend. Dazu berichtet die Duisburger Kriminalpolizei, daß es sich bei den Tätern um eine größere Verbrecherbande handelt, die seit längerer Zeit Raubüberfälle und Einbrüche in Duisburg und Essen ausführte. Inzwischen ist es gelungen, neun Mitglieder dieser Bande, die äußerst verwegen vorging, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Haupträdelsführer, der Schlosser Johann Theissen und Paul Petzold, beide wohnhaft in Duisburg, konnten dagegen noch nicht gefaßt werden. Bei dem letzten in Duisburg ausgeführten Raubüberfall handelt es sich um den Raub in der Verkaufsstelle des Konsumvereins Selbsthilfe am neuen Waldfriedhof in Duisburg, wo die Banditen unter Bedrohung des Verkaufspersonals und der anwesenden Käufer mit der Pistole einen Geldbetrag von 150 RM. raubten. In einem auf der Lotharstraße in Duisburg in der vorhergehenden Nacht gestohlenen Kraftwagen mit dem Kennzeichen IY 45038 waren die Räuber entkommen. Die beiden Haupttäter werden wie folgt beschrieben: Schlosser Joh. Theissen: Geboren am 8. Juni 1907 in Duisburg, 1,76 Meter groß, schlank, dunkelbraunes Haar, blaugraue Augen, dunkle Augenbrauen, ein wenig aufgeworfene Lippen; Bekleidung: blaugestreifter Anzug, graue Sportmütze oder grauer Hut, wahrscheinlich grauer Mantel und Hornbrille; Paul Petzold: Geboren am 9. Oktober 1904 in Bidtendorf, 1,82 Meter groß, schlank, schwarzes Haar, blaugraue Augen, große Nase, wahrscheinlich heller Anzug, dunkler Mantel, grauer Filzhut.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat für Mitteilungen aus dem Publikum, die zur Festnahme der Täter führen, eine Belohnung von 1000 RM. ausgesetzt, die nur für das Publikum bestimmt ist.

Aus Westdeutschland.

Von einer Kuh in die Tiefe gestoßen.

)(**Olpe, 8. November.**

Die 56jährige Ehefrau des Landwirts Sondermann in Kirchveischede wollte die Kühe heimholen. Die Tiere kletterten jedoch zum Teil eine Anhöhe hinauf, sodaß Frau S. ihnen folgen mußte. Auf einmal wendete sich eine Kuh um und gab der Frau mit den Hörnern einen wuchtigen Stoß, sodaß sie im Bogen in eine viele Meter tiefe Kuhle stürzte. Durch Berühren der Wände geriet das Gerölle ins Rutschen und prasselte zum Teil auf die Frau nieder. Mit schweren Verletzungen wurde Frau S. später aufgefunden. Der hinzugezogene Arzt stellte schwere Verwundungen und Verletzungen der linken Körperseite, des Kopfes und der Rippen fest. Außerdem haben auch innere Organismen erheblichen Schaden genommen.

Mord und frecher Kassenraub in einem Lebensmittelgeschäft.

:•: **Gelsenkirchen, 9. November.**

Eine furchtbare und rohe Bluttat spielte sich Dienstag abend kurz vor 7 Uhr in dem an der Ecke Mittel- und Darlerstraße gelegenen Lebensmittelgeschäft Röper ab. Im Laden befanden sich eine ziemliche Anzahl von Käufern, als plötzlich zwei maskierte Männergestalten den Laden betraten, von denen der eine an der Tür stehen blieb, während der andere sich durch die Käufer zur Ladenkasse drängte. Dort hielt er der Kassiererin, während er einige unverständliche Worte murmelte, eine Pistole vor. Auch der an der Tür Stehende fuchtelte mit einer Pistole in der Luft herum. Erschreckt und unter lautem Geschrei wollten Verkäuferinnen und Kunden die Flucht ergreifen. Eine Verkäuferin klopfte an die Wand, die an die Wohnung des Hausbesitzers grenzt. Einer der Eindringlinge gab in der allgemeinen Verwirrung einen Schuß ab, der wohl ein Schreckschuß sein sollte, denn er ging hoch über dem Ladenregal in die Wand. Den Augenblick der allgemeinen Aufregung und Panik benutzten die Eindringlinge dazu, die Kasse umzustürzen und auszurauben. Sie raubten einen Betrag von 307,21 Mk. Der durch das Geschrei und Klopfzeichen alarmierte Hausbesitzer Dominski nahte nun vom Hinterhof her. Als die Kassenräuber den Laden verließen, stießen sie auf den Hausbesitzer Dominski, der mit einer Brechstange bewaffnet war. Ehe es ihm gelingen konnte, der Räuber Herr zu werden, schoß ihm einer von diesen eine Kugel ins Gesicht. Die Kugel drang in die Oberlippe ein und kam am Hinterkopf wieder heraus. Dominski stürzte sofort tot zu Boden, vor den Augen seiner Frau, die sich im Laden befand, um Einkäufe zu machen. Ehe sich die Zuschauer der schrecklichen Bluttat zurechtfanden, waren die Räuber in der Dunkelheit entkommen. Die Polizei nahm sofort die Ermittlungen auf, die aber bisher ergebnislos verliefen. Die Kriminalpolizei bemühte sich noch am selben Abend um die Feststellung der Personen, die zur Zeit der Tat im Laden waren.

Beginn des Raab-Katzenstein-Prozesses.

* **Krefeld, 9. November.**

Vor der Großen Strafkammer begann ein Prozeß gegen den Flieger Antonius Raab, dem zur Last gelegt wird, sich als ehemaliger Geschäftsführer der Raab-Katzenstein-Werke, später Rheinische Luftfahrtindustrie, des Betruges, der Untreue und des Konkursvergehens schuldig gemacht zu haben. In Mitleidenschaft gezogen sind sowohl Einzelpersonen, so vor allem der hauptsächliche Geldgeber Kaufmann Gobiet, und die Stadt Krefeld. Was das Konkursverfahren anbetrifft, so legt ihm die Anklage zur Last, daß die Raab-Katzenstein-Werke bereits im Jahre 1928 konkursreif gewesen seien, wogegen erst Anfang 1930 ein Antrag auf ein gerichtliches Vergleichsverfahren gestellt worden ist.

Eine lustige Sauhatz auf der Straße.

Neuß, 9. November.

Hier kam es am Dienstag mittag zu einer tragikomischen Sauhatz, die mitten durch die Straßen der Stadt ging. Eine aus den Eifelbergen ausgebrochene Wildschweinherde von sieben Kellern und Sauen erschien plötzlich in einem Neußer Vorort und verkroch sich in einem Gebüsch. Als man mit einem mit einem mit Karabinern ausgerüsteten Ueberfallkommando, mit schwer bewaffneten in aller Eile zusammengetrommelten Jägern mit Hunden und einer unübersehbaren Menschenmenge zum Angriff und zum Kesseltreiben gegen das Gebüsch vorgehen wollte, brach die Herde aus und rannte weiter in das Gebüsch hinein. Eine ausgewachsene Sau richtete am Güterbahnhof allerlei Allotria an und trieb die Menschen in wilder Flucht auseinander. Dann setzte sie sich durch den Erftkanal, schwamm durch den Neußer Hafen und flüchtete zu einer vom Rhein abgeschlossenen Halbinsel. Erst hier wurde sie durch die zur Postenkette angeschwommten Jäger erlegt. Auch auf die anderen Wildschweine, die nach allen Richtungen auseinandergestoben waren, wurde bis zum späten Abend noch Jagd gemacht, jedoch ohne Erfolg.

Der SA-Oberführer Heller geflohen.

Wuppertal, 9. Nov.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und SA-Oberführer, aus dessen Wagen, wie bereits berichtet, in der Nacht zum Montag Schüsse auf Passanten abgefeuert wurden, wodurch ein Mädchen schwere Verletzungen erlitt, ist flüchtig. Die Polizei hat einen Fahndungsbefehl nach Heller erlassen, dessen Immunität noch nicht in Kraft getreten ist. Der Nationalsozialistischen Partei in Wuppertal ist dieses Vorkommnis, das in der Stadt großes Aufsehen erregt hat, außerordentlich peinlich. Sie hat eine Erklärung erlassen, in der sie behauptet, daß Heller in der fraglichen Nacht gar nicht in Wuppertal gewesen und daß ihm sein Kraftwagen gestohlen worden sei. Demgegenüber stellt aber die Polizei ausdrücklich fest, daß einwandfreie Ermittlungen ergeben haben, daß Heller vor Beginn der rasenden Fahrt mit seinem Kraftwagen in zwei verschiedenen Wirtschaften zusammen mit seinem Chauffeur beobachtet worden ist. Auch noch um 9 Uhr morgens wurde Heller von zwei Polizeibeamten in Wuppertal erkannt. Die Behauptungen von nationalsozialistischer Seite, daß Heller verreist gewesen und ihm sein Kraftwagen gestohlen worden sei, sind demnach völlig unrichtig und dienen nur dazu, den wahren Tatbestand zu verschleiern.

Ein Ehepaar findet den Gastod.

Düsseldorf, 9. Nov.

Ein in der Ellerstraße wohnendes etwa 50jähriges Ehepaar hat infolge eines verhängnisvollen Irrtums den Gastod gefunden. Die beiden alten Leute, die in der nächsten Woche in ein Siedlerhäuschen umziehen wollten, trugen schon täglich Haushaltgegenstände dorthin. Als nun am Sonntag der Ehemann die schon seit Jahren nicht mehr benutzte Gaslampe abnahm, ließ er in dem Glauben, daß auch die Gasleitung stillgelegt sei, die Leitung offen. Abends wurden die beiden Leute von dem ausströmenden Gas überrascht und getötet. Erst am Dienstag morgen fanden Nachbarn, die in die Wohnung eingedrungen waren, das Ehepaar tot auf. Starker Gasgeruch hatte die Mitbewohner auf den Unglücksfall aufmerksam gemacht.

Ein holländischer Notar betrog die Stadt Köln.

Köln, 9. Nov.

Vor der 4. Amsterdamer Strafkammer begann die Verhandlung gegen einen Amsterdamer Rechtsanwalt und Notar, der unter der Anklage steht, wiederholt falsche notarielle Beglaubigungen abgegeben zu haben, um deutsche Obligationen als Altbesitz zu erklären, wodurch mehrere deutsche Städte, insbesondere die Stadt Köln, geschädigt worden sind. Der Angeklagte der schon einmal verhaftet war, gegen Stellung einer Kaution von 30 000 Gulden aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, konnte im Hause eines Freundes in Wassenaar festgenommen werden. Im Verlauf des Prozesses beantragte der Angeklagte, ihn frei zu setzen, abgesehen von der Stellung seiner Kaution habe die Stadt Köln auf alle seine Besitzungen Beschlag legen lassen. Auch dieser Antrag wurde zurückgewiesen. Aus der Vernehmung einzelner Zeugen ergab sich, daß wiederholt mit falschen Unterschriften gearbeitet worden ist, um die deutschen Obligationen als Altbesitz verwerten zu können. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

Mutter und Sohn durch Gase erstickt.

Tragischer Tod im Weinkeller.

◆ **Hatzenport, 7. November.**

Die 70jährige Frau Geiermann weilte abends mit ihrem Sohn Karl allein zu Hause. Der zweite Sohn, der im Hause eine Küferwerkstätte unterhält, wohnt außerhalb. Der Sohn Karl ging in den Keller, um ein Gläschen Wein zum Abendbrot heraufzuholen. Als er lange ausblieb, wollte die Mutter nachsehen, wo ihr Sohn blieb. Als der zweite Sohn, der Küfer, am nächsten morgen zu seiner Werkstatt im elterlichen Haus gehen wollte, sah er in der Wohnung seiner Mutter noch Licht brennen. Da er im Hause keinen Menschen antraf, ahnte er nichts Gutes und durchsuchte das Haus. Als er den Kellerraum betrat, bot sich ihm ein entsetzlicher Anblick. Auf dem Boden lag der Bruder und über ihn gebeugt seine alte Mutter. Beide waren an den Gärgasen erstickt. Der Kellerraum, der sehr tief gebaut war, war, wie man später feststellte, dicht verschlossen, damit die für den Gärprozeß notwendige Wärme nicht entweichen sollte. Für die giftigen Gärgase war kaum ein Abzug möglich. Sie hatten sich über der Erde abgesetzt und als der Winzer den Wein zapfen wollte und sich bückte, wurde er durch die Einatmung der Giftgase bewußtlos. Die alte Mutter hat, als sie ihren Sohn auffand, anscheinend versucht, ihn aufzurichten, und ihn aus dem Keller zu schaffen, ist aber selbst von den Gasen betäubt worden und sank über ihren Sohn nieder. So wurden Mutter und Sohn am andern Morgen tot aufgefunden. Die Nachricht von dem furchtbaren Unglück verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Gemeinde.

*

✓ **Duisburg-Hamborn, 9. Nov. Beim Ueberholen zu Tode gekommen.** Beim Ueberholen zweier Radfahrer stürzte am Dienstag nachmittag der Motorradfahrer Kessels so unglücklich, daß er in besinnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er bald darauf starb. Die Radfahrer blieben unverletzt.

)(**Osnabrück, 9. Nov. Mit durchschnittener Kehle aufgefunden.** In einer an der Haselünner Straße in Fürstenau gelegenen Tannenwaldung wurde der Arbeiter Stienke mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Nach den Ermittlungen liegt Selbstmord aus wirtschaftlichen Motiven vor. Der Mann war verheiratet und Vater zweier unmündiger Kinder.

Fischdampfer-Stillegungen.

:: **Hamburg, 8. November.**

Eine große Anzahl Altonaer Fischdampfer, die bisher noch in der Heringsfischerei beschäftigt war, ist in den letzten Tagen wegen Unrentabilität der Fänge aufgelegt worden. Es handelt sich zum Teil um solche Fischdampfer, die im vorigen Jahr nach Beendigung der Heringssaison ihre Fänge zum Teil noch in holländischen Häfen löschten. Diese Arbeitsmöglichkeit wurde jedoch durch die ausländischen Absperrungsmaßnahmen stark beschränkt. Von der Stillegung werden 10—12 Dampfer betroffen, von denen bereits sechs aufgelegt sind, während sechs weitere nach ihrer Rückkehr von der augenblicklichen Fangreise nicht wieder auslaufen. Auch in Cuxhafen sind 30 bis 35 Dampfer stillgelegt.

:: **Wesermünde, 8. Nov. Die angekündigte Stillegung von 40 v. H. der deutschen Hochseefischereiflotte ist nunmehr durchgeführt worden.** Von der Stillegung werden 80 Dampfer betroffen, die zum größten Teil bereits stillgelegt sind bezw. nach Beendigung der augenblicklichen Fangreise nicht wieder auslaufen.

Aus Münster und dem Münsterlande.

Fortbildungskurse für westfälische Molkereibetriebsleiter.

△ **Münster,** 9. Nov.

Wie wir hören, veranstaltet die Molkerei-Lehr- und Versuchsanstalt im Laufe der Monate November bis Januar fünf verschiedene Kurse zur Fortbildung von Molkereibetriebsleitern, wie auch Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern von Molkereigenossenschaften. Jeder dieser Kurse umfaßt zwei Tage, wobei die Nachmittage stets in Gruppen für Fachleute und für Landwirte eingeteilt sind. Alle fünf Lehrgänge werden in Münster abgehalten, und zwar der erste Kursus am 17. und 18. November für die Kreise Beckum, Lippstadt und Soest, der zweite am 23. und 24. November für die Kreise Ahaus, Borken, Steinfurt und Tecklenburg, der dritte am 13. und 14. Dezember für die Kreise Bochum, Coesfeld, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Lüdinghausen, Münster, Recklinghausen und Unna, der vierte am 18. und 19. Januar für die Kreise Bielefeld, Büren, Halle, Herford, Höxter, Warendorf und Wiedenbrück, der fünfte endlich am 25. und 26. Januar für die Kreise Altena, Arnsberg, Brilon, Iserlohn, Lübbecke, Minden, Olpe, Paderborn, Schwelm und Warburg, wie auch für die Teilnehmer aus dem Freistaat Lippe und der Provinz Hannover.

Jeder dieser Lehrgänge wird am ersten Tage eingeleitet durch eine Begrüßungsansprache des Kuratoriumsvorsitzenden der Anstalt, Verbandsdirektors Borne-feld-Ettmann M. d. R. Dann behandeln Direktor Röthe und Verbandsrevisor Hutten „Neuere Erkenntnisse und Wissenswertes über Molkereibuchführung und Steuergesetzgebung" und anschließend Direktor Ammermann „Die Vorteile des genossenschaftlichen Absatzes und Einkaufs für die Molkereien". Am Nachmittag sind für Fachleute praktische Arbeiten im Laboratorium der Molkerei-Lehr- und Versuchsanstalt auf dem Gebiete der Butterei vorgesehen, während für Landwirte ein Vortrag des Versuchsanstaltsassistenten Dr. Sudholt gehalten wird über „Lebensfragen der Milchviehhaltung: Leistung und Gesundheit der Tiere mit praktischen Vorführungen". Am zweiten Tage werden den Fachleuten zunächst vormittags Vorträge geboten, und zwar sprechen Dr. Dibbern über „Nützliche und schädliche Bakterien und Pilze im Molkereibetrieb" und Dipl.-Ing. Bücker über „Neuzeitliche Erhitzerkonstruktionen" (mit Lichtbildern), am Nachmittag zunächst Dr. Osterburg über „Korrosionen durch Kühlsolen und ihre Vermeidung". Anschließend daran ist praktisches Arbeiten im Laboratorium auf dem Gebiete der Frischmilch und Käserei, insbesondere Quark. Für die an den Kursen teilnehmenden Landwirte sind an diesem zweiten Tage zwei verschiedene Studienfahrten vorgesehen, und zwar entweder die Besichtigung bekannter Zuchten in den Kreisen Münster, Coesfeld und Steinfurt oder des Landgestüts in Warendorf, der Staatlichen Viehpflege- und Melkerschule Stromberg, wie auch bekannter Zuchten der Kreise Warendorf, Wiedenbrück und Beckum.

△ **Bockum-Hövel,** 9. Nov. **Im Gerichtssaal verhaftet.** Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte das münsterische Schöffengericht gegen den Bergmann Stephan Kr. wegen Erregung öffentlichen Aergernisses. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten und erließ Haftbefehl.

△ **Bockum-Hövel,** 8. Nov. **Zuchthaus für einen Sittlichkeitsverbrecher.** Die Große münstersche Strafkammer verurteilte den Berginvaliden Franz Gr. wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an schulpflichtigen Kindern, zu einer Zuchthausstrafe von 1½ Jahren und erließ sofort Haftbefehl. Der Angeklagte war vor dem münsterschen Gericht geständig.

‡ **Vorhelm,** 9. Nov. **Ein bedauerlicher Unglücksfall** ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof. Während des Dienstes verunglückte ein Eisenbahnoberschaffner P. Beim Rangieren geriet er mit einem Bein unter einen rollenden Güterzug, wodurch ihm ein Bein abgefahren wurde. P. ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

‡ **Stromberg,** 9. Nov. **Schwerer Unfall.** An dem berüchtigten Stromberger Knapp kam es zu einem schweren Unfall. Auf der Hauptstraße wurde ein dort zu Besuch weilender Einwohner aus einer Nachbarstadt von einem jugendlichen Motorradler angefahren und verletzt. Der Motorradfahrer stürzte dabei so unglücklich, daß er ernste Verletzungen erlitt, die seine Ueberführung ins Krankenhaus erforderten.

‡ **Oelde,** 9. Nov. **Ueberfahren.** In einer der letzten Nächte wurden in der Bauerschaft Linzel zwei auf dem Heimwege befindliche junge Burschen von einem Auto überfahren und sehr schwer verletzt. Einer der Ueberfahrenen erlitt sehr schwere Schulter- und Knochenverletzungen, der andere wurde leichter verletzt. Das Auto ließ die Verletzten unbekümmert liegen und entkam.

‡ **Sendenhorst,** 9. Nov. **Zwecks Regulierung des Helmbaches** wurde hier eine Genossenschaft gegründet. Es ist geplant, den Helmbach in einer Länge von 15 Klm. und die Seitengräben in 60 Klm. Länge durch den freiwilligen Arbeitsdienst regulieren zu lassen. Die Arbeit ist als förderungswürdig anerkannt, sie erfordert 40 000 Tagewerke. Die Vorarbeiten zur späteren (wahrscheinlich im Frühjahr) Inangriffnahme der Regulierung wurden sofort durchgeführt.

‡ **Bocholt,** 9. Nov. **Reichsbahnbeamter schmuggelt.** Bei Durchsuchung der Wohnung eines Reichsbahnbeamten in Bocholt wurden 220 Pfund Tabak, 10 Pfd. Kaffee und 1780 Stück Zigaretten vorgefunden und beschlagnahmt, da es sich um aus Holland eingeschwärzte Waren handelte.

‡ **Stadtlohn,** 9. Nov. **„Versumpfte" Schmuggler.** In den frühen Morgenstunden des 7. November überraschten zwei Beamte der Zollaufsichtsstelle Stadtlohn im Eschlohner Gelände eine Schmugglerbande aus Herwest-Dorsten. Auf der Flucht gerieten die ortsunkundigen Schmuggler in einen Sumpf, aus dem sie mit zusammen 160 Pfund Tabak von den Beamten einzeln herausgeholt werden konnten.

Märkte.

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt.

● **Dortmund,** 9. Nov. Auftrieb: Großvieh 405, Kälber 41, Schweine 272. Der Handel war in guten Tieren mittel, sonst langsam. Es kosteten: frischmelke Kühe: a) 340—385 ℳ, b) 280—340 ℳ, c) 210—280 ℳ; Rinder 170 bis 280 ℳ, beste Tiere über Notiz. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es kosteten: Ferkel: 6—8 Wochen alt 9—11 ℳ, 8—10 Wochen alt 11—17 ℳ, 10—12 Wochen alt 17—32 ℳ. Der nächste Markt findet am Donnerstag, 17. November statt.

Nutz- und Zuchtviehmarkt in Osnabrück.

● **Osnabrück,** 9. Nov. Auftrieb: Rinder 308, Ferkel 800. Es kosteten: Kühe in Milch, a) 310—360, b) 290 bis 310, c) 240—290, d) 200—240; tragende Rinder: a) 250—280, b) 210—250, c) 180—210, d) 150—180. Ferkel: 6—8 Wochen alt 4—8 ℳ, 8—13 Wochen alt 8—11 ℳ; Läufer: 11—14 ℳ. Marktverlauf: Rinder sehr langsam, Ferkel langsam. Nächster Markt am 15. November.

Schweinemarkt in Lehrte.

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte vom 8. Nov.

Auftrieb: 1197 Ferkel und 220 Stück Läuferschweine. Es kosteten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittsqualität) 4—6 Wochen alt bis 7 Mk., 6—8 Wochen alt 7,50—10,50 Mark, 8—12 Wochen alt 11—15 Mk., Läuferschweine 3—4 Monate alt 16—21 Mk., 4—6 Monate alt bis 37 Mark. Marktverlauf: Kleine Ferkel etwas reger, sonst sehr langsam.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 9. Nov. 1932.

(Getreide und Oelsaaten per 1000 kg sonst per 100 kg)

	9. 11.	8. 11.
Weizen märk. neue Ernte	199 201	198 200
Dezember	211—10½	209
März	214	212
Mai	216½	215½
Tendenz:	fester	fester
Roggen märk. neue Ernte	157 - 159	156—158
Dezember	167½-68½	167
März	171¼—72	170
Mai	175—176	172—172½
Tendenz:	fester	stetig
Gerste Braugerste	170 - 180	170—180
Futtergerste	162—169	162—169
Wintergerste	—	—
Tendenz:	ruhig	matter
Hafer märk. Dezember	133 - 138	132 - 136
März	139 - 139¼	—
Mai	—	—
Tendenz:	fester	stetig
Mais Waggon frei ab Hamburg	—	—
Tendenz:		

	9. 11.	8. 11.
Weizenmehl	24—27¼	24—27.25
Tendenz:	ruhig	ruhig
Roggenmehl	20½—22.6	20.5—22.6
Tendenz		ruhig
Weizenkleie	9—9.4	9.00 - 9.
Tendenz:	ruhig	ruhig
Roggenkleie	8¼ 8.6	8.25—8.60
Tendenz:	ruhig	ruhig
Raps	—	—
Tendenz:		
Leinsaat	—	—
Tendenz:		
Viktoriaerbs.	22—26	22—26
kl. Speiseerbs.	20—23	20—23
Futtererbsen	14—16	14—16
Peluschken	—	—
Ackerbohnen	—	—
Wicken	—	—
Lupinen blau	—	—
gelbe	—	—
Seradella alt	—	—
neu	—	—
Rapskuchen	—	—
Leinkuchen	10.1	10.1
Trockenschn	9.00	9—9.2
Soyabohnen ab Hamb	10.2	10.2
Soyabohnen ab Stettin	10.9	10.9
Kartoffelflock	—	—

Weizenausfuhrscheine	per Nov. 142 Geld
Weizenausfuhrscheine	per Dez. 143 Geld
Weizenausfuhrscheine	—
Roggenausfuhrscheine	106 Geld
Roggenausfuhrscheine	—
Roggenausfuhrscheine	—
Gerstebezugsscheine	—
Maisbezugsscheine	72 Geld

Husumer Fettviehmarkt.

× **Husum,** 9. Nov. Auftrieb: Ochsen 1257, Bullen 11, Kühe 464, Färsen 395, Schafe 45. Es kosteten: Ochsen: a) 27—30, b) 24—26, c) 18—22, d) 15—25; Kühe: a) 22 bis 25, b) 19—21, c) 15—17, d) 12; Färsen: a) 26—28, b) 22—26, c) 18—21. Marktverlauf: lebhaft.

★

Metalle.

Berlin, 9. Nov. **Elektrolytkupfer** (Wirebars) 53,75 ℳ für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 160, Aluminium i. Walz. o. Dr. 164, Reinnickel 98-99 kg 350, Antimon-Regulus 37—39, Silber in Barren 900 t 38—41,25.

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	9. 11. Brief	Geld	bezahlt	8. 11. Brief	Geld	bezahlt
loko	7.48			7.48		
Dezember	7.35	7.30	—	7.33	7.30	—
Januar 32	7.39	7.33	—	7.38	7.33	7.36
März	7.46	7.45	7.45	7.45	7.43	7.43
Mai	7.57	7.55	7.57	7.55	7.53	7.54
Juli	7.67	7.66	7.66	7.66	7.63	7.63
Oktober	7.81	7.77	—	7.78	7.77	7.78

Tendenz: stetig

Liverpool: Baumwolle

	9. 11.	8. 11.		9. 11.	8. 11.
loko	5.60	5.60	Juli 33	5.16	5.36
November	5.12	5.34	August 33	5.17	5.39
Dezember	5.11	5.33	September 33	5.18	5.40
Januar 33	5.10	5.32	Oktober 33	5.19	5.41
Februar 33	5.11	5.33	November 33	5.20	5.42
März 33	5.13	5.34	Januar 34	5.23	5.45
April 33	5.14	5.35	März 34	5.26	5.48
Mai 33	5.15	5.37	Mai 34	5.29	5.51
Juni 33	5.15	5.37	Juli 34	5.32	5.54

	9. 11.	8. 11.
Tagesimport	—	—
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt. Upper F. G. fair loko	—	—

Tendenz: stetig

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	9. 11.	8. 11.
Loco Surtee F. G.	5.49	5.47
„ Broach F. G. (Good Staple)	5.18	5.16
„ M. G. Punjab/American F. G.	5.01	4.99
„ Centr. Provinces Oomra Nr. 1	5.42	5.40
„ Bengal F. G.	4.58	4.57
„ Bengal Superfine	4.79	4.77
„ Sind F. G.	4.59	4.57
„ Sind Superfine	4.79	4.77

New Orleans: Baumwolle

	9. 11.	7. 11.		9. 11.	7. 11.
loco	6.10	6.27	Mai 33	6.31—32	6.45—46
Dezember	6.05—06	6.21—23	Juli	6.40	6.56
Januar	6.09—10	6.27	Oktober	6.58	6.73—75
März	6.23	6.35	Tendenz:	stetig	

New York: Baumwolle

	9. 11.	7. 11.		9. 11.	7. 11.
loco	6.15	6.30	Mai	6.30—32	6.50
November	5.98	6.15	Juni	6.35	6.55
Dezember	6.06	6.23—25	Juli	6.40—42	6.60—61
Januar	6.12	6.28	August	6.45	6.65
Februar	6.16	6.33	September	6.50	6.70
März	6.21—22	6.38—40	Oktober	6.56	6.74—76
April	6.25	6.44	Tendenz:	stetig	

Geschätzte Totalzufuhren

Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	4000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	—
Zufuhren in Pacific-Häfen	—
Export nach England	26000
Export nach Frankreich	37000
Export nach dem übrigen Kontinent	37000
Export nach Japan und China	27000
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	—
Fracht für Standard	—

Turnen / Spiel / Sport.

29. Berliner Sechstagerennen.

Der Auftakt.

Berlin, 9. November.

Den Auftakt der 144 Stundenfahrt bestritten Amateur- und Berufsfahrer mit je einem 25 Kilometer-Einzelfahren. Während das Rennen der Amateure einen spannenden Verlauf nahm und zahlreiche Rundengewinne brachte, verlief das 25 Kilometerrennen der Berufsfahrer äußerst monoton.

Bei den Amateuren belegten Patzik und Kreisel mit einer Runde Vorsprung ohne Punkte gemeinsam den ersten Platz in 35,17 Min., den dritten Platz belegte Matterne mit 10 Punkten vor Negd 10 Punkte und Nowak 1 Punkt.

Im Rennen der Berufsfahrer gab es nur einen ernsthaften Vorstoß nach der dritten Wertung, bei dem es Rudolf Wolke gelang, mit Unterstützung seines Mannschaftspartners Wagner, dem Felde eine Runde abzunehmen. Diesen Vorsprung behauptete Wolke bis zum Schluß. Wolke siegte in 35,22 mit 2 Punkten und einer Runde Vorsprung vor dem Dänen Knudsen 17 Pkt., Stock 12 Pkt., Dasch 11 Pkt. und Kantorowicz.

Um 10,45 Uhr erfolgte die Vorstellung der 13 Sechstagepaare, die um 11 Uhr durch den in Berlin weilenden Filmkomiker Harold Lloyd auf die lange Reise geschickt wurden.

Sechstagerennen in Chicago.

Chikago, 9. November.

Das überaus lebhafte und jagdenreiche Chikagoer Sechstagerennen scheint bis zur letzten Sekunde eine offene Sache zu sein, denn die Mannschaften konnten sich bis auf drei Runden zusammenziehen. Walker-Delille gaben wegen ihres zu großen Rückstandes auf. Nach 130 Stunden waren 3595,955 km zurückgelegt und der Stand: 1. Peden — Audy 423 Pkt.; 2. Linari—Severgnini 333 Pkt., 3. Binda—Hill 243 Pkt.; eine Runde zurück: 4. Debaets—Letourneur 282 Pkt., 5. Dempsey—Wissel 241 Pkt.; zwei Runden zurück: 6. Rodak—B. Walthour 284 Pkt., 7. Ritter—J. Walthour 250 Pkt.; drei Runden zurück: 8. Horan—Mac Namara 220 Pkt., 9. Grimm—Dülberg 195 Pkt.

Peden—Audy siegen in Chicago.

Chicago, 9. November.

Das Chicagoer Sechstagerennen endete mit einem Siege der Canadier Peden — Audy, die auch am letzten Tage die führende Position behaupteten. Mit 823 Punkten holten sie sich mit einem Gesamtergebnis von 4 274,415 km einen weiteren Sieg in ihrer jungen Laufbahn. Das deutsch-amerikanische Paar Wissel — Dempsen belegte den vierten und Dülberg — Grimm mit drei Runden zurück den sechsten Platz.

Hein Domgörgen erhält Fehlurteil.

Tumultszenen des Publikums.

Berlin, 9. November.

Im Hauptkampf der Mittwochkämpfe im Spichernring zeigte sich Hein Domgörgen-Köln dem Hannoveraner Trolmann abermals überlegen. Zum zweiten Male distanzierte der Kölner den Zigeuner. Domgörgen war in bester Verfassung und man merkte ihm nicht an, daß er als Boxer schon ein alter Mann ist. Seine Technik und Ringerfahrung waren so groß, daß er seinen Gegner glatt auspunktete. Trollmann stand sogar einmal dicht vor dem k.o., denn er mußte in der zweiten Runde durch einen linken Haken bis „acht" zu Boden. Auch in der vierten Runde war Domgörgen groß im Vorteil und brachte Trollmann eine starke Verletzung am linken Auge bei. Der Kölner wurde von Runde zu Runde besser, wobei ihm der wildschlagende Trollmann nie gefährlich wurde. Umso unverständlicher war das Ergebnis „unentschieden", das dann auch vom Publikum mit einem ungeheuren Pfeifkonzert aufgenommen wurde.

In den Rahmenkämpfen schlug der Spandauer Henning den Magdeburger Zander nach Punkten. Das gleiche Urteil errang auch Richter-Dresden gegen Buchbaum-Köln. Felten-Dresden punktete Nielsen-Hamburg überlegen aus.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

‡ **Berlin,** 9. November.

Die Wahl Roosevelts zum Präsidenten der USA brachte für die Börse zwar keine Ueberraschung, dafür aber die Bestätigung, daß

die Voraussetzung für die von diesem Systemwechsel in Amerika erwartete internationale Wirtschaftsbelebung nunmehr tatsächlich geschaffen sind.

Die Tatsache, daß die saisonmäßig zu erwartende Vergrößerung der Arbeitslosenzahl im Monat Oktober fast beinahe ganz ausgeblieben ist, wurde als Anzeichen steigender Konjunktur gewertet.

Im gleichen Sinne wirkten Arbeitereinstellungen in der Kaliindustrie. Verlautbarungen, daß die Regierung von der ursprünglich beabsichtigten Kontingentpolitik abgehen werde und Gleitzölle einzuführen gedenke, fanden in der Burgstraße ein freundliches Echo.

Abwohl verschiedentlich kleine Verkaufsordres auf dem höheren Niveau vorlagen, genügte die Nachfrage vollkommen, um weitere Gewinne bis zu 2 Prozent eintreten zu lassen. Darüber hinaus gewannen Spezialpapiere bis zu 6 Proz. Mansfelder und Otavi profitieren von den Preissteigerungen für Kupfer. Erst im Verlaufe kam es hier und da zu Glattstellungen und Gewinnmitnahmen, die bei nachlassendem Geschäft Abbröckelungen zur Folge hatten, die jedoch in keinem Verhältnis zu den Steigerungen der letzten beiden Tage standen.

Am Berliner Geldmarkt blieb die Situation unverändert leicht, Tagesgeld stellte sich auf 4⅛ Proz., vereinzelt wohl auch schon auf 4 Proz. Der herauskommenden Ware am Privatdiskontmarkt stand im gleichen Umfang auch Nachfrage gegenüber, während in Reichswechseln und Reichsschatzanweisungen nur in ganz geringem Maße Umsätze zustande kamen.

Reichsbankausweis vom 7. November.

‡ **Berlin,** 9. November.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. November 1932 hat sich in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 200,3 Mill. auf 3 256,4 Mill. ℳ verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 131,1 Mill. ℳ in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 117,8 Mill. auf 3 502,2 Mill. ℳ, derjenige an Rentenbankscheinen um 13,3 Mill. auf 394,1 Mill. ℳ verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 32,9 Mill. ℳ erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 366,2 Mill. ℳ eine Abnahme um 23,3 Mill. ℳ. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 1,2 Mill. auf 939,1 Mill. ℳ vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 31 000 ℳ und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 1,2 Mill. auf 121,8 Mill. ℳ abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 7. November 26,8 Proz. gegen 26 Proz. am Ultimo Oktober dieses Jahres.

Konkurs-Ausverkauf
Stephan Plaggenborg,
Münster, Bahnhofstr. 44 II
Nur November!
Ausverkauf sämtl. Lagerbestände, Paletot-, Ulster-, Anzug- und Damenstoffe.

Auto-Fahrten
mit 3/4-t-Schnellieferwagen werden jederzeit zuverlässig und preiswert ausgeführt.
Münster i. W.
Telephon 21464/26654

Angebote

Volontär oder **Lehrling**
für Büro und Lager gesucht.
A. Huster, Warendorf
Installations-Geschäft
Radio-Anlagen
Maschinen-Handlung
Fernruf 385.

Gesuche

Kath. Landwirtstocht., 27 J., sucht zum bald. Antritt
Stelle als Haushälterin oder Stütze
Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Off. mit Gehaltsang. sind zu richten unt. D 396 an die Ang.-Verw. der Jeno, Münster i. W.

Heiraten

Jung. kath. Fräulein, 22 J., sucht die
Bekanntschaft
eines jung. sol. Herrn.
Off. m. Bild sind zu richt. unter D 398 an die Ang.-Verw. der Jeno, Münster i. Westf.

Kath. Lehrer in ländl. Dörfchen, m. einwa. dir. Vera., angen. Aeuß., Anf. 30er, w. d. Bek. einer jung. Dame mit gut. Allgem.- u. wahrer Herzensbildg u. tadell. Vergangenh., zwecks
Heirat.
Bauerntochter bevorz. Wenngl. auch mehr auf edle Geisteseigensch. gesehen wird, ist etw. Verm. doch nebenb. erw. Vertr. Zuschr. mit Bild richte man unt. D 397 an die Ana.-Verw. der Jeno, Münster i. Westf.

Vermischte Anzeigen

. . . und Ihren neuen
Radioapparat
kaufen Sie doch selbstverständlich nur im
Musik- u. Radiohaus Fritz Riesenbeck,
Münster i. W., jetzt Windthorststr. 8 Ecke Achtermannstr. (am Bahnhof)

Ländl. flotte
Wirtschaft
geg. Bieraufschlag zu verpachten. Kaution 1000.— ℳ. Sicherheit genügt auch. Rückp.
Alger, Dortmund, Königswall 31. (Auch Sonntags).



ist die Vorbedingung für eine gute Wäsche. Verwenden Sie deshalb das seit über 50 Jahren in Qualität und Preiswürdigkeit unübertroffene Dr. Thompson's Schwan-Pulver. Besonders vorteilhaft ist das neue Doppel-Paket. Es kostet nur 44 Pfg. Und das weiß jede erfahrene Hausfrau: zum Abseifen, Schrubben u. Scheuern in Küche u. Haus nur
Dr. Thompson's Schwanpulver
Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche Seifix. Paket 14 Pfg.
Vertreter: Otto Schuchardt, Münster i. Westf. Himmelreichallee 37. Telephon 20388.

Große Inventar-Versteigerung.
Im freiwilligen Auftrage des Herrn **Bernhard Hovenjürgen zu Halstern, Overath,** versteigere ich am **Samstag, den 12. November 1932, ab vormittags 10,30 Uhr,** auf dem Hofe des Herrn Hovenjürgen das gesamte demselben gehörende landwirtschaftliche Inventar und zwar:
1 siebenjährige tragende Fuchsstute (Kaltblut), 1 dreijährige Stute (Warmblut), 4 erstklassige Milchkühe, 1 jähriges Rind, 2 halbjähr. Bullen, ca. 20 Hühner, 1 Sau mit 12 Ferkeln, mehrere Läuferschweine, 2 Ackerwagen, 1 Stürzkarre, 1 Hoocart mit Geschirr, 2 Pferdegeschirre, 1 Sämaschine, 1 Mähmaschine, 1 Grävel, 1 Spitzdrescher, 1 Häckselmaschine, 1 Warnemühle, 1 Rübenschneider, 1 Viehtopf, 1 Kultivator, 2 Holzeggen, 1 Pflug, 1 Düngerstreuer, 1 Paar Wagenleitern, 1 Küchenherd (Tiefbau), 1 Ofen, 1 runden großen Tisch, 1 schwer eichenen antiken Schrank, 1 eichene Bettstelle, 1 eichenen Koffer, 1 Posten ca. 150 Einfriedigungspfähle und sonstige Gegenstände und Gerätschaften
gegen bar evtl. auf Kredit und Bürgschaft.
Soweit es sich um totes Inventar handelt, sind die Gegenstände gebraucht, jedoch gut erhalten.
Besichtigung ab 9 Uhr morgens. Es können noch Sachen beigesetzt werden.
Wilhelm Brinkhaus, vereid. Auktionator.
Haltern i. Westf., Recklinghäuser Straße 16. Fernruf 503.


Ein starkes Rad
ist unser gutes Edelweißfahrrad. Es trägt den schwersten Fahrer mit dem schwersten Gepäck auf den schlechtesten Wegen bei spielend leichtem Lauf und dennoch ist es erstaunlich billig. Katalog 130 mit neuesten Preislisten, auch über Nähmaschinen und allen Fahrradzubehör senden an jeden gratis und franko. Bisher über ½ Million Edelweißräder schon geliefert. Das konnten wir wohl nimmermehr, wenn unser Edelweißrad nicht gut und billig wär.
Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 33
Fahrradbau-Leistungsfähigkeit pro Woche 1000, Edelweißräder